

9.50

**Bundesrat Ingo Appé** (SPÖ, Kärnten): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Kaltenegger hat zu Beginn ihrer Ausführungen von ihrer Erfahrung mit einem Blackout berichtet. Wer das jemals erlebt hat, kann ihre Ausführungen eigentlich nur unterstreichen und auch, dass das Problem Blackout ein sehr ernst zu nehmendes ist.

Ich glaube, dass die Sicherheit für uns alle an oberster Stelle stehen muss. Es ist dies ja kein neues Thema, und wenn ich zurückblicke: Es gab vor einem Jahr vom Kollegen Laimer im Nationalrat Anfragen an diverse Ministerien bezüglich Blackoutvorsorge in den jeweiligen Ressorts.

Ich möchte da kurz ein bisschen zitieren, was so an Antworten gekommen ist.

Aus dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hieß es: „Vorweg darf ich festhalten, dass der Katastrophenschutz gemäß Bundesverfassung Angelegenheit der Länder ist. Bei länderübergreifenden Ereignissen ist grundsätzlich das Bundesministerium für Inneres [...] zuständig.“

Die Antwort des Bundesministeriums für Inneres auf die Anfrage betreffend „Maßnahmen zur Blackout-Vorsorge in Österreich“: „Die Bewirtschaftung elektrischer Energie und die Risikovorsorgeplanung im Energiebereich fallen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie“. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) „Die Abwehr, Beseitigung oder Linderung der Auswirkungen drohender oder eingetretener Katastrophen [...] ist in Österreich überwiegend eine Angelegenheit der Bundesländer.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Antwort des Sozialministeriums: „Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass die in der Anfrage angesprochenen Maßnahmen zur Blackout-Vorsorge in Österreich eine Querschnittsmaterie betreffen, wobei bei vielen Fragen keine eigene Ressortzuständigkeit besteht. Daher darf zusätzlich auf

die Antworten [...] hingewiesen werden, insbesondere auf die des Herrn Bundesministers für Inneres [...], der Frau Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus [...] und der Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie“.

Antwort des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus: Da „Maßnahmen zur Blackout-Vorsorge in Österreich eine Querschnittsmaterie betreffen“, wird auf die anderen Ressorts und deren Stellungnahmen hingewiesen.

Abschließend noch Ihre Anfragebeantwortung, sehr geehrte Frau Bundesministerin: „Die Koordinierung von Maßnahmen im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramts.“

Man wird da also irgendwie hin und her geschickt, das ist aber ein sehr ernstes Thema – vielleicht sollte man sich in Zeiten wie diesen dieser Thematik wirklich etwas ernsthafter annehmen.

Es ist schön, dass Sie jetzt mit Ihren Sicherheitsinseln den ersten Schritt setzen, denn ich denke, das ist sehr notwendig und aktueller denn je. Wie schaut es nämlich in der Realität aus? – Es bleibt wieder an den Gemeinden hängen!

Frau Kollegin Kittl hat gesagt, es wäre alles so toll und die Sicherheit wäre gewährleistet. (*Bundesrat **Schennach**: Ja, super! Super!*) Wir sind bitte weit davon entfernt!

Kärnten arbeitet vorbildhaft, der zuständige Landesrat für Katastrophenschutz hat im heurigen Jahr ein Projekt ins Leben gerufen, in dem jede Gemeinde sogenannte Leuchttürme schaffen kann, zu denen die Bevölkerung im Katastrophenfall auch hingehen kann und bei denen mit Notstromaggregaten die Gemeindeinfrastruktur erhalten bleibt.

Auch die Gemeinden haben vorgesorgt, indem die Feuerwehren, die Bauhöfe, die Abwasserversorgungsanlagen und auch die Trinkwasserversorgung mit

geförderten Notstromaggregaten abgesichert wurden. Wie gesagt, wir befinden uns da aber noch auf der untersten Ebene und die Gemeinden müssen das zum größten Teil wieder selber stemmen.

Meine Gemeinde hat, auch als Standort eines Truppenübungsplatzes, einen sehr guten Kontakt zum österreichischen Bundesheer. Wenn wir in der Vergangenheit Hilfe benötigt haben – das war leider öfter der Fall –, hat das auch bestens geklappt.

Wie schaut es aber mit dem Schutz der Infrastruktur wirklich aus? – In meiner Gemeinde gibt es zum Beispiel ein Kraftwerk an der Drau, zwei Umspannwerke und die Adria-Wien-Pipeline: Den Schutz dieser Einrichtungen kann die Gemeinde nicht übernehmen, bis dato gab es aber diesbezüglich keine Kontakte, keine Abstimmungen, keine Informationen. Ich denke, da besteht noch viel Handlungsbedarf.

Frau Bundesministerin, zu Ihrer Stellungnahme und Ihrem ehrgeizigen Ziel bis zum Jahr 2027: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! (*Beifall bei der SPÖ.*)

9.55

**Präsidentin Korinna Schumann:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Günter Pröllner. Ich erteile ihm dieses.